

Das Wichtigste in Kürze

Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Es gingen insgesamt 8102 Fälle ein; aus dem Vorjahr wurden 5147 Fälle übernommen. 7517 Fälle wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 212 Tage.

Gegliedert ist das Bundesverwaltungsgericht seit dem 1. Juli nicht mehr in fünf, sondern in sechs Abteilungen.

Die neue Abteilung VI ist zuständig für Ausländer- und Bürgerrecht, Sozialhilferecht für Schweizer im Ausland und gewisse Bereiche des Asylrechts.

Um die Ressourcen unter den Abteilungen angemessen zu verteilen, gab die Verwaltungskommission Anfang April das Projekt EquiTAF in Auftrag. In einem ersten Schritt schätzten die Abteilungen den Aufwand in verschiedenen Fallkategorien.

Das neue Bundesgesetz über den Nachrichtendienst, das voraussichtlich auf den 1. September 2017 in Kraft tritt, weist dem Bundesverwaltungsgericht neue Zuständigkeiten zu. Nach der Volksabstimmung vom 25. September nahm eine interne Arbeitsgruppe erste Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes auf. Sie klärte Fragen bezüglich Infrastruktur, Personal und Verfahrensrecht.



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

1. Allgemeiner Teil	52
Zusammensetzung des Gerichts	52
Gerichtsorganisation	54
Kommissionen	55
Geschäftslast	56
Koordination der Rechtsprechung	56
Gerichtsverwaltung	57
Projekte	57
Aufsicht	58
Zusammenarbeit	59
2. Hinweise an den Gesetzgeber	60
3. Statistiken	62

GESCHÄFTSBERICHT 2016 DES BUNDESV ERWALTUNGSGERICHTS

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2016.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Der Präsident: Jean-Luc Baechler

Die Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella

St. Gallen, 8. Februar 2017

1. ALLGEMEINER TEIL

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsgorgane

Präsidium

Präsident:	Jean-Luc Baechler
Vizepräsidentin:	Marianne Ryter

Verwaltungskommission

Präsident:	Jean-Luc Baechler
Vizepräsidentin:	Marianne Ryter
Mitglieder:	Gérald Bovier Franziska Schneider William Waeber

Präsidentenkonferenz

Präsident:	Vito Valenti, Präsident Abteilung III
Mitglieder:	Salome Zimmermann, Präsidentin Abteilung I Francesco Brentani, Präsident Abteilung II (ab 16.3.) Ronald Flury, Präsident a.i. Abteilung II (vom 1.2. bis 15.3.) Hans Urech, Präsident Abteilung II (bis 31.1.) Walter Lang, Präsident Abteilung IV Muriel Beck Kadima, Präsidentin Abteilung V Blaise Vuille, Präsident Abteilung VI (ab 1.7.)

Stab Leitungsgorgane

Generalsekretärin:	Stephanie Rielle La Bella (ab 1.11.)
Generalsekretärin a.i.:	Sara Szabo (vom 1.8. bis 31.10.)
Generalsekretär:	Urs Janett (bis 31.7.)
Stellvertreter a.i.:	Bernhard Fasel (ab 1.8.)
Stellvertreterin a.i.:	Sara Szabo (bis 31.7.)

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin:	Salome Zimmermann
Mitglieder:	Christine Ackermann Christoph Bandli Michael Beusch Jérôme Candrian Kathrin Dietrich Maurizio Greppi Marie-Chantal May Canellas Pascal Mollard Claudia Pasqualetto Péquignot Daniel Riedo Marianne Ryter Jürg Steiger

Abteilung II

Präsident:	Francesco Brentani (ab 16.3.) Ronald Flury (Präsident a.i. vom 1.2. bis 15.3.) Hans Urech (Präsident bis 31.1.)
Mitglieder:	Maria Amgwerd Pietro Angeli-Busi David Aschmann Jean-Luc Baechler Stephan Breitenmoser Vera Marantelli-Sonanini Pascal Richard Eva Schneeberger Marc Steiner Philippe Weissenberger

Abteilung III

Präsident:	Vito Valenti
Mitglieder:	Caroline Bissegger Michela Bürki Moreni Viktoria Helfenstein (ab 1.7.) Madeleine Hirsig-Vouilloz Michael Peterli-Caruel Christoph Rohrer Franziska Schneider Daniel Stufetti Beat Weber David Weiss

Abteilung IV

Präsident:	Walter Lang
Mitglieder:	Gérald Bovier Daniela Brüscheweiler Daniele Cattaneo Claudia Cotting-Schalch Yanick Felley Fulvio Haefeli Gérard Scherrer Hans Schürch Nina Spälti Giannakitsas Bendicht Tellenbach Contessina Theis Simon Thurnheer (ab 1.7.) Thomas Wespi Martin Zoller (bis 31.5.)

Abteilung V

Präsidentin:	Muriel Beck Kadima
Mitglieder:	Emilia Antonioni Luftensteiner
	François Badoud
	Barbara Balmelli-Mühlematter (ab 1.4.)
	Sylvie Cossy
	Gabriela Freihofer
	Markus König
	Christa Luterbacher
	Esther Marti
	Jean-Pierre Monnet
	Regula Schenker Senn
	Walter Stöckli (bis 31.3.)
	William Waeber
	David R. Wenger
	Daniel Willisegger

Abteilung VI (ab 1.7.; bis 30.6. Abteilung III, Kammer 2)

Präsident:	Blaise Vuille
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner
	Jenny de Coulon Scuntaro
	Antonio Imoberdorf
	Martin Kayser
	Marianne Teuscher
	Andreas Trommer

Im Berichtsjahr amtierten *Jean-Luc Baechler* als Präsident und *Marianne Ryter* als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst dem Präsidenten und der Vizepräsidentin aus *Gérald Bovier*, *Franziska Schneider* und *William Waeber* zusammen. Seit dem 1. Juli gliedert sich das Bundesverwaltungsgericht nicht mehr in fünf, sondern in sechs Abteilungen. *Salome Zimmermann* präsidierte die Abteilung I. Die Abteilung II wurde bis Ende Januar von *Hans Urech* präsidiert; sein Nachfolger *Francesco Brentani* wurde am 15. März gewählt und trat sein Amt am 16. März an. In der Zwischenzeit hatte *Ronald Flury* das Präsidium der Abteilung II interimistisch inne. *Vito Valenti* präsidierte die Abteilung III, *Walter Lang* die Abteilung IV, *Muriel Beck Kadima* die Abteilung V und *Blaise Vuille* ab 1. Juli die neue Abteilung VI.

Walter Stöckli und *Martin Zoller* gingen in den Ruhestand. Zum Jahresanfang trat der am 23. September 2015 von der Vereinigten Bundesversammlung gewählte *Martin Kayser* sein Richteramt an. Die ebenfalls am 23. September 2015 gewählte *Barbara Balmelli-Mühlematter* wirkt seit dem 1. April als Bundesverwaltungsrichterin. Am

16. März wurden *Viktoria Helfenstein* und *Simon Thurnheer* gewählt, die beide ihr Richteramt am 1. Juli antraten.

Ende Juli verliess Generalsekretär *Urs Janett* das Gericht, da er in den Regierungsrat des Kantons Uri gewählt worden war. Das Gesamtgericht ernannte am 13. September *Stephanie Rielle La Bella*, die bisherige Leiterin des Bereichs Human Resources und Organisation, zur neuen Generalsekretärin. Bis zu ihrem Amtsantritt am 1. November führte *Sara Szabo* das Generalsekretariat ad interim. Die interimistische Stellvertretung der Generalsekretärin übernahm am 1. August *Bernhard Fasel*.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen Sitzungen (Vorjahr 4). In diesen verabschiedete es unter anderem die abtretenden Richterinnen und Richter und vereidigte die neu eintretenden. An einer ausserordentlichen Sitzung im September ernannte es *Stephanie Rielle La Bella* zur neuen Generalsekretärin. Sie

trat ihr Amt am 1. November als Nachfolgerin von Urs Janett an.

Ebenfalls im September traf sich das Gesamtgericht zu einer zweitägigen Retraite, die den Themen Führung und Kommunikation gewidmet war. An der Sitzung vom 25. Oktober wählte es folgende Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten für die Amtsperiode 2017/2018: Salome Zimmermann, Abteilung I; Francesco Brentani, Abteilung II; Vito Valenti, Abteilung III; Nina Spälti Giannakitsas, Abteilung IV; Christa Luterbacher, Abteilung V; Blaise Vuille, Abteilung VI. Im gewohnten Zweijahresrhythmus bestellte das Gesamtgericht im Dezember die Abteilungen neu. Im Rahmen der neuen Gerichtsorganisation GO 2016 beschloss es eine provisorisch auf zwei Jahre befristete Übertragung einer Richterstelle von der Abteilung II auf die Abteilung III und per Januar 2017 die definitive Übertragung einer Richterstelle von der Abteilung IV auf die Abteilung VI.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt 16 Sitzungen (Vorjahr 17), wovon eine in Form einer Retraite durchgeführt wurde. Drei (Vorjahr 3) der Sitzungen wurden gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt.

Im Januar beauftragte die Verwaltungskommission das Generalsekretariat mit der Umsetzung des Projekts GO 2016 und damit mit der Reorganisation und Entlastung der Abteilung III sowie der Schaffung einer sechsten Abteilung. Sie befasste sich mit Projekten zur Optimierung der Führungsstrukturen und -instrumente am Gericht. So verabschiedete sie Grundsatzfragen zur Umsetzung des Neuen Führungsmodells des Bundes und beauftragte seine Umsetzung. Weiter stellte die Verwaltungskommission die Weichen für die Weiterentwicklung des Laufbahnmodells für Gerichtsschreiber/-innen. Damit sollen Entwicklungsmöglichkeiten für die grösste Mitarbeitergruppe am Gericht angeboten und die Mitarbeiterbindung erhöht werden. Der Gerichtsschreiber/-innen-Pool, den die Verwaltungskommission schuf und dessen Bewirtschaftung in ihrer Zuständigkeit liegt, soll ihr ermöglichen, abteilungsübergreifende Massnahmen zur Bewältigung der Geschäftslast zu ergreifen. In den Gerichtsschreiber/-innen-Pool wurden zwei interne Kandidaten aufgenommen, vier externe wurden dafür rekrutiert.

Die Verwaltungskommission legte die Rahmenbedingungen für die Jubiläumsveranstaltungen 2017 (zehnjähriges Bestehen des Gerichts) fest und beauftragte das Organisationskomitee mit der Umsetzung. Sie traf sich zudem mehrmals mit den Abteilungspräsidenten, um Füh-

rungsthemen zu bearbeiten und um das Projekt EquiTAF voranzutreiben. Dieses Projekt hat zum Ziel, ein einfaches, pragmatisches System zur angemessenen Ressourcenverteilung unter den Abteilungen zu schaffen.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere für die Koordination der Rechtsprechung zuständig. Im Berichtsjahr traf sie sich wie im Vorjahr zu acht Sitzungen. Die Konferenz fasste unter anderem Beschlüsse im Zusammenhang mit Aktualisierungen des Rechtsprechungsleitfadens zum Verfahrensrecht. Sodann wurde der im Vorjahr verabschiedete totalrevidierte Entscheidungsbogen angepasst. Der neue Bogen strukturiert das Zirkulationsverfahren klarer und macht aufmerksam auf die verschiedenen Möglichkeiten der Dokumentation. Überdies liefert das Dokument zusätzliche Daten, die für die Statistik verwendet werden. Es wurden auch Entscheide zur Umsetzung der Publikations- und Dokumentationspolitik und zur strategischen Überprüfung der Publikationspraxis getroffen. In diesem Zusammenhang wurde die Richtlinie über die Dokumentation von Entscheiden revidiert. Näheres dazu findet sich im Bericht der Redaktionskommission. Schliesslich hat sich das Gremium in die Projekte GO 2016 sowie EquiTAF eingebracht.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission ist verantwortlich für die strategische Ausrichtung der Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts und deren Umsetzung. Mit der Publikation der Entscheide im Internet und in der Amtlichen Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) stellt das Gericht die Transparenz seiner Rechtsprechung sicher. Die interne Dokumentation unterstützt die koordinierte und kohärente Rechtsprechung und dient dem Wissenserhalt und Wissenstransfer. Während des Berichtsjahres tagte die Redaktionskommission 17-mal, wovon einmal im Rahmen einer ganztägigen Retraite. Sie setzte sich aus drei Richtern und einer Gerichtsschreiberin zusammen.

Im Berichtsjahr hat die Kommission die Resultate der Umfragen zur internen und externen Wahrnehmung der BVGE analysiert und Massnahmen daraus abgeleitet. So werden die BVGE ab dem Jahrgang 2017 nicht mehr in Heften publiziert, sondern laufend im Internet veröffent-

licht. Nach Abschluss des Publikationsjahres werden die BVGE, nach Materien geordnet, in einem Band in Papierversion herausgegeben. Ergänzend hierzu veröffentlicht das Gericht weitere Entscheide von besonderer Relevanz unter der Rubrik «Referenzurteile» im Internet.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern. Im Berichtsjahr übernahm Vera Marantelli (Abteilung II) den Vorsitz von Martin Zoller (Abteilung IV), der in Pension ging. Die Stellvertretung oblag Kathrin Dietrich (Abteilung I), welche nach ihrer Wahl in die Verwaltungskommission auf den 1. Januar 2017 durch Christine Ackermann (Abteilung I) ersetzt wird. Neu gewählt wurden auch Contessina Theis (Abteilung IV) und Martin Kayser (Abteilung VI); Letzterer als Nachfolger des auf Ende Jahr zurücktretenden Ronald Flury (Abteilung II). Das Gremium wird durch Michela Bürki Moreni (Abteilung III) komplettiert. Die Schlichtungsstelle wurde im Berichtsjahr zweimal angerufen.

Personalkommission

Die Personalkommission (PEKO) nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den Leitungsorganen und dem Personal. Im Berichtsjahr verfasste die PEKO eine Stellungnahme zur Netzwerkanalyse und pflegte einen regelmässigen Austausch mit den Verantwortlichen von Human Resources und Organisation (HR+O) sowie der Generalsekretärin. Zu den behandelten Themen gehörten die Vergütung, das Laufbahnmodell, die Anpassung der Arbeitszeitweisung, die Weiterbildungsrichtlinie, die Richtlinie zu den Nebenbeschäftigungen, das Kompetenzprofil für Gerichtsschreibende sowie die Schaffung einer Schlichtungskommission für die Mitarbeitenden des Gerichts.

Beauftragte für Chancengleichheit

Die Beauftragten für Chancengleichheit wachen bezüglich der Arbeitsbedingungen am Gericht über die Verwirklichung der Chancengleichheit aller Richterinnen und Richter sowie Mitarbeitenden. Sie haben auch in diesem Berichtsjahr zahlreiche Fälle behandelt und sich in Projekte eingebracht. Zusätzlich wird im Jahr 2017 eine formelle Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz eingerichtet.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 62 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5147 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 8102 (Vorjahr 8465) neue Fälle ein, denen 7517 (Vorjahr 7869) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle stieg zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 585 (11%) auf 5732. Die Geschäftslast konnte insgesamt innert angemessener Frist bewältigt werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 212 Tage (Vorjahr 182). Am Ende des Jahres waren 391 (Vorjahr 239) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die fünf respektive seit 1. Juli sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	761	666
Abt. II	444	424
Abt. III, bis 30.6. Abt. III, Kammer 1	677	742
Abt. IV	2619	2388
Abt. V	2493	2296
Abt. VI, bis 30.6. Abt. III, Kammer 2	1108	1001
Gesamthaft	8102	7517

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und von der Bundesverwaltung zu elf (Vorjahr 15) Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Inhaltlich nahm das Gericht einzig zur Revision des BGG Stellung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurde ein abteilungsübergreifendes Verfahren nach Art. 25 VGG abgeschlossen. Weiter fasste die Präsidentenkonferenz Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, welche alle Abteilungen betreffen. Beispielsweise wurde ein Beschluss gefällt zur Frage, unter welchen Voraussetzungen Entscheide beteiligten oder bislang nicht beteiligten Privaten oder Behörden mitgeteilt werden dürfen.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder (spezial)verfahrensrechtlicher Art, werden nach dem Reglement über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV und V des Bundesverwaltungsgerichts (ZASAR) koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Im Berichtsjahr wurden neben dem Sicherstellen des regulären Gerichtsbetriebs verschiedene Projekte verwirklicht oder vorangetrieben. Da die Festnetz-Telefonanlagen des Bundes am Ende ihres Lebenszyklus angelangt waren, wurden alle bestehenden Festnetztelefone durch neue Kommunikationsmittel ersetzt. Weiter wurden im Berichtsjahr erste Erfahrungen mit der elektronischen Eingabe via die anerkannten Zustellplattformen Privasphere und IncaMail gemacht. Das Bundesverwaltungsgericht kommuniziert seinerseits mit Parteien und Verfahrensbeteiligten weiterhin schriftlich per Post.

Am 25. September nahm das Schweizer Stimmvolk das neue Nachrichtendienstgesetz NDG an; entsprechend wurden Vorbereitungsarbeiten geleistet. Im Rahmen der Umsetzung der Personalstrategie wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, die auf eine Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität sowie auf den Personalerhalt abzielen. Schliesslich wurde das 10-Jahr-Jubiläum vorbereitet, das im Jahr 2017 gefeiert wird.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 398 Personen tätig: 72 Richterinnen und Richter (64,9 Stellen), 215 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (184,5 Stellen), 42 Kanzleimitarbeiterinnen in den Abteilungen (36,6 Stellen) sowie 69 Mitarbeiter/-innen im Generalsekretariat (61,6 Stellen). Zudem machten drei Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht und 23 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

66,3% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,9% französischer, 7,0% italienischer und 0,8% anderer Hauptsprache. Damit sind die Sprachgemeinschaften sehr gut vertreten; allerdings ist zu erwähnen, dass die Besetzung von Stellen, welche Französisch oder Italienisch als Hauptsprache erfordern, sehr schwierig ist.

Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres gesamthaft 55,8%; bei den Richterinnen und Richtern 39,9%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 54,9%, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 100,0% und im Generalsekretariat 49,3%. Die Hälfte der Richter/-innen und 52,2% der Angestellten arbeiteten Teilzeit, mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 40 und 90%. Die Fluktuationsrate betrug 10,6% (Vorjahr 8,3%); bei den Richterinnen und Richtern 4,2%,

bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 12,1% und beim übrigen Personal 11,7%.

Finanzen

Den Erträgen von 4 070 434 Franken stehen Aufwendungen von 76 214 424 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 5,3%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minderertrag von 527 266 Franken oder 11,5% zu verzeichnen. Bei den Gerichtsgebühren wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Minderertrag von 319 536 Franken oder 7,6% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 2,5% abgenommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 928 807 Franken oder 1,2% gesunken. Der Personalaufwand hat um 754 121 Franken abgenommen und der Sach- und Betriebsaufwand um 221 487 Franken zugenommen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 150 748 Franken enthalten. Es wurden keine Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betrugen 44 410 Franken und umfassen die Abschreibungen für den Personenwagen, die gastronomische Einrichtung und Ausstattung, Scangeräte sowie das Self-Service-Ausleihsystem der Bibliothek.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr veröffentlichte das Bundesverwaltungsgericht insgesamt 21 Medienmitteilungen (Vorjahr 26). 18 (Vorjahr 22) betrafen die Rechtsprechung und drei (Vorjahr 4) den übrigen Gerichtsbetrieb. Von öffentlichem Interesse waren beispielsweise die Urteile im Zusammenhang mit den Amtshilfegesuchen der Niederlande und Frankreichs, das Grundsatzurteil im Bereich der hoch spezialisierten Medizin sowie das Urteil im Asylwesen betreffend Dublin-Überstellungen nach Italien. Ende Jahr waren 39 (Vorjahr 35) Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert. Die Neuorganisation in sechs Abteilungen führte zur Anpassung der internen und externen Informationsmittel. Zudem wurde die Gerichtsbrochure neu gestaltet sowie das 10-Jahr-Jubiläum vorbereitet.

Projekte

EquiTAF

Das Projekt EquiTAF hat zum Ziel, ein einfaches, pragmatisches System zur angemessenen Ressourcenverteilung unter den Abteilungen zu schaffen. Aufgrund aussa-

gekräftiger und vergleichbarer Daten zum Arbeitsaufwand in den Abteilungen können Ziele und Massnahmen präziser definiert werden.

Die Erarbeitung des Systems erfolgt gestützt auf die Erfahrung und das Wissen in den Abteilungen einerseits und die zur Verfügung stehenden Informatik- und Controllinginstrumente andererseits. Die Verwaltungskommission hat den Projektauftrag am 5. April verabschiedet. In einem ersten Schritt werden die Verfahrensstatistiken mit dem Arbeitsaufwand ergänzt. Die Abteilungen wurden ins Projekt miteinbezogen, um die Akzeptanz des Systems zu erhöhen. Im Berichtsjahr haben sie anhand des von der Verwaltungskommission genehmigten Grundgerüsts Aufwandschätzungen in verschiedenen Fallkategorien vorgenommen.

Das Projekt ist langfristig ausgelegt, um den nötigen Probetrieb eines solchen Systems sicherzustellen. Der Projektabschluss und damit das Überführen in den regulären Betrieb sind auf Dezember 2018 terminiert.

Gerichtsorganisation 2016 (GO 2016)

In der ersten Jahreshälfte haben sich das Generalsekretariat und die Abteilungen intensiv mit der Umsetzung der neuen Gerichtsorganisation befasst. So konnte am 1. Juli die neue Abteilung VI des Bundesverwaltungsgerichts erfolgreich ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie ist zuständig für Ausländer- und Bürgerrecht, Sozialhilferecht für Schweizer im Ausland sowie für gewisse Bereiche des Asylrechts. Die Umstrukturierung geht zurück auf den Entscheid des Plenums vom 17. November 2015. Sie ermöglicht mehr Effizienz und eine ausgewogenere Verteilung der Geschäftslast. Ebenfalls am 1. Juli nahm die bisherige Kammer 1 der Abteilung III ihre Arbeit als eigenständige Abteilung III, unter Reorganisation ihrer Ressourcen, auf.

Am 13. Dezember beschloss das Gesamtgericht die Übertragung einer Richterstelle aus den Abteilungen IV und V an die Abteilung VI. Mit dieser zusätzlichen Massnahme werden eine bessere Verteilung der Geschäftslast und mehr Flexibilität bei einer markanten Erhöhung der Eingänge angestrebt.

NFB

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Berichtsjahr die Arbeiten zur Umsetzung des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) abgeschlossen. Die Budgetierungs- und Zielfindungsprozesse wurden angepasst und erstmals auf den Voranschlag 2017 und die Gerichtsziele 2017 angewendet. Es gilt nun, mit den neuen Inst-

umenten erste Erfahrungen zu sammeln und damit die Prozesse fortwährend zu optimieren.

Nachrichtendienstgesetz

Nach der Volksabstimmung vom 25. September hat eine interne Arbeitsgruppe erste Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz NDG) aufgenommen. Dieses Gesetz, das voraussichtlich auf den 1. September 2017 in Kraft treten wird, weist dem Bundesverwaltungsgericht neue Zuständigkeiten zu.

Die von der internen Arbeitsgruppe zu klärenden Fragen betrafen Infrastruktur, Personal und Verfahrensrecht. Dabei standen die Sicherheit von Räumlichkeiten, das Gewährleisten der Geheimhaltung und die zeitgerechte Behandlung der Anträge auf genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen im Zentrum. Auf juristischer Ebene ging es einerseits um die Änderung des Geschäftsreglements für das Bundesverwaltungsgericht (VGR, RS 173.320.1), in dem die neue Materie und die zuständige Abteilung verankert werden, und andererseits um die Anpassung des entsprechenden Abteilungsreglements.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Die Aufsichtsdelegation über die Eidgenössischen Schätzungskommissionen (ESchK) setzt sich aus Richterinnen und Richtern sowie Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammen. Im Berichtsjahr gehörten ihr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot, Richter Christoph Bandli (bis Ende Januar 2016), Richter Maurizio Greppi (ab April 2016) und Gerichtsschreiber Bernhard Keller an. Neben der Prüfung der Jahresberichte der 13 Kreise wurde der Grossteil der aufsichtsrechtlichen Tätigkeit zugunsten des Kreises 10 (Zürich) eingesetzt, insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl der Präsidiumsmitglieder infolge der Rücktritte der Stelleninhaber. Nach der Ausschreibung der entsprechenden Stellen wählte das Gesamtgericht einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Zudem wurde eine ausserordentliche Vizepräsidentin gewählt.

Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 31. März in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2015, die Rechnung 2015 und der Vor-

anschlag 2017 besprochen. Daneben war die Gerichtsorganisation Thema, insbesondere der Stand der Reorganisation des Bundesverwaltungsgerichts sowie die Lage im Asylbereich.

An der Aufsichtssitzung vom 14. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, der Bedarf an zusätzlichen Richterstellen im Asylbereich sowie die Herausforderungen bei der Besetzung von Stellen mit Französisch als Hauptsprache thematisiert. Zudem erfolgte eine erste Beurteilung der Erfahrungen mit der sechsten Abteilung. Das Budget 2017 war ebenso Thema wie die Neubesetzung der Leitung des Generalsekretariats. Ferner wurde über den Stand der E-Dossiers am Bundesgericht und an den kantonalen Gerichten gesprochen.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen ein. In einem Verfahren wurde der Anzeige keine Folge geleistet; zwei sind noch offen.

Bundesversammlung

Am 18. April fand eine Sitzung mit den Subkommissionen Gerichte/Bundesanwaltschaft der Geschäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte statt. Themen waren neben dem Geschäftsbericht 2015 organisatorische Verbesserungen und interne Controllingdaten des Bundesverwaltungsgerichts.

Am 12. Oktober wurde eine Sitzung mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte zum Voranschlag 2017 und zum Finanzplan 2018–2020 durchgeführt.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes am 1. Januar 2019 müssen die Abteilungen IV und V einen «Fonds de Roulement» (Arbeitsvorrat) erreichen, der ihnen ermöglicht, die vorgesehenen kürzeren Behandlungsfristen einzuhalten. Konkret wird beabsichtigt, die aktuell vorhandenen etwa 2600 pendenten Verfahren der beiden Asylabteilungen bis Ende 2018 auf 1200 zu reduzieren. Dazu wurden im September bei der Gerichtskommission vier zusätzliche, auf zwei Jahre befristete Richterstellen beantragt. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts und der Vizepräsident des Bundesgerichts nahmen hierzu am 14. Oktober an einer Sitzung mit der Kommission für Rechtsfragen teil.

An der Sitzung mit der Geschäftsprüfungskommission vom 15. November wurde die Neuorganisation in sechs Abteilungen (GO 2016) diskutiert. Mit der Geschäftsprüfungsdelegation wurden am 23. November die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes besprochen.

Zusammenarbeit

Die eidgenössischen Gerichte stehen in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng miteinander zusammen. Am 23. Februar fand in St. Gallen ein Treffen aller Verwaltungskommissionen statt. Auf Ebene der Generalsekretariate wurden drei gemeinsame Treffen durchgeführt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Ein wiederkehrendes Thema des Jahres war die Einführung des E-Dossiers für die Rechtsprechung und die Verwaltung. Zudem wurden im Rahmen dieser Treffen die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. HINWEISE AN DEN GESETZGEBER

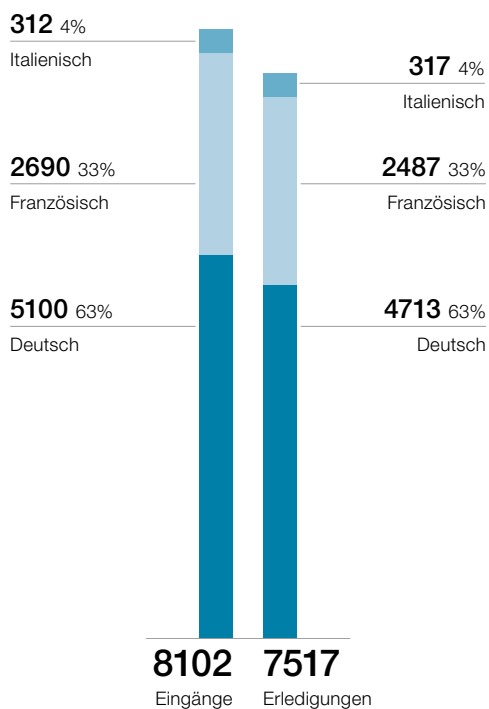
Art. 63 Abs. 4^{bis} des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968 (VwVG, SR 172.021) sieht als maximale Spruchgebühr 5000 Franken bei Streitigkeiten ohne Vermögensinteressen und 50 000 Franken bei den übrigen Streitigkeiten vor. Bereits im Geschäftsbericht 2015 hat das Bundesverwaltungsgericht darauf hingewiesen, dass bei Streitigkeiten mit Vermögensinteressen die maximale Spruchgebühr zu niedrig sei, was insbesondere bei grossen wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Verfahren (z.B. Kartellrecht, FINMA, Vergaberecht mit Streitwerten von bis zu drei- oder vierstelligen Millionenbeträgen) augenfällig ist. Aber auch bei nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten ist die maximale Spruchgebühr nicht mehr zeitgerecht. Daher schlägt das Bundesverwaltungsgericht eine Anhebung der maximalen Spruchgebühr für Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht in Streitigkeiten ohne Vermögensinteresse von 5000 auf 10 000 Franken sowie bei den übrigen Streitigkeiten von 50 000 auf 100 000 Franken vor.

3. STATISTIKEN

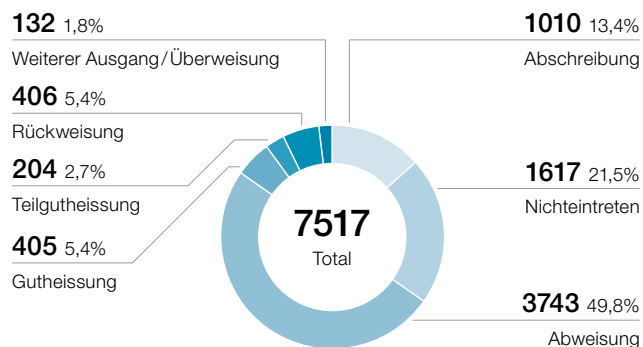
3.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2015	Erledigung 2015	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Guttheissung	Teilguttheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	8223	7622	5107	7799	7212	5694	991	1526	3690	385	197	397	15	11
Klagen	4	3	6	–	2	4	1	–	1	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	126	128	9	162	156	15	9	10	10	8	6	9	48	56
Revisionsgesuche usw.	116	116	25	141	147	19	9	81	42	12	1	–	1	1
TOTAL	8469	7869	5147	8102	7517	5732	1010	1617	3743	405	204	406	64	68

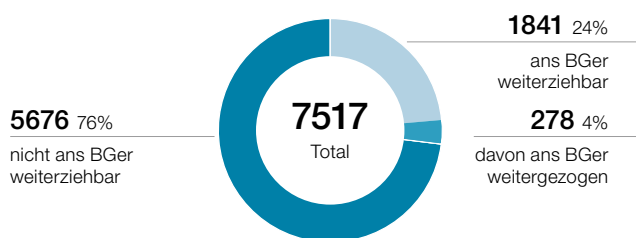
3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2016



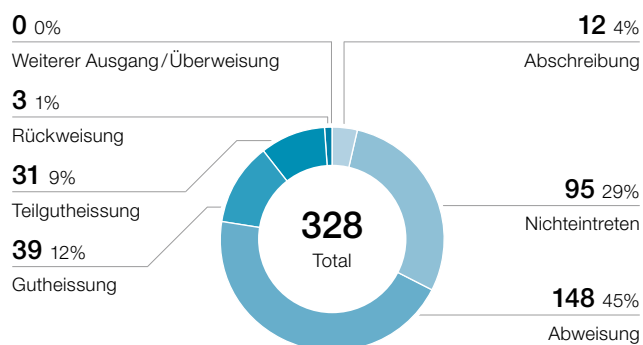
3.1.2 Art der Erledigung 2016



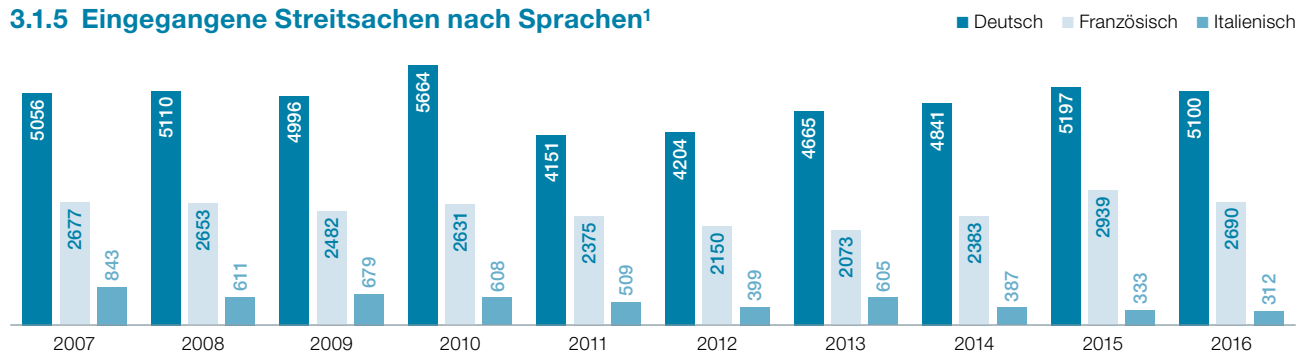
3.1.3 Erledigung 2016



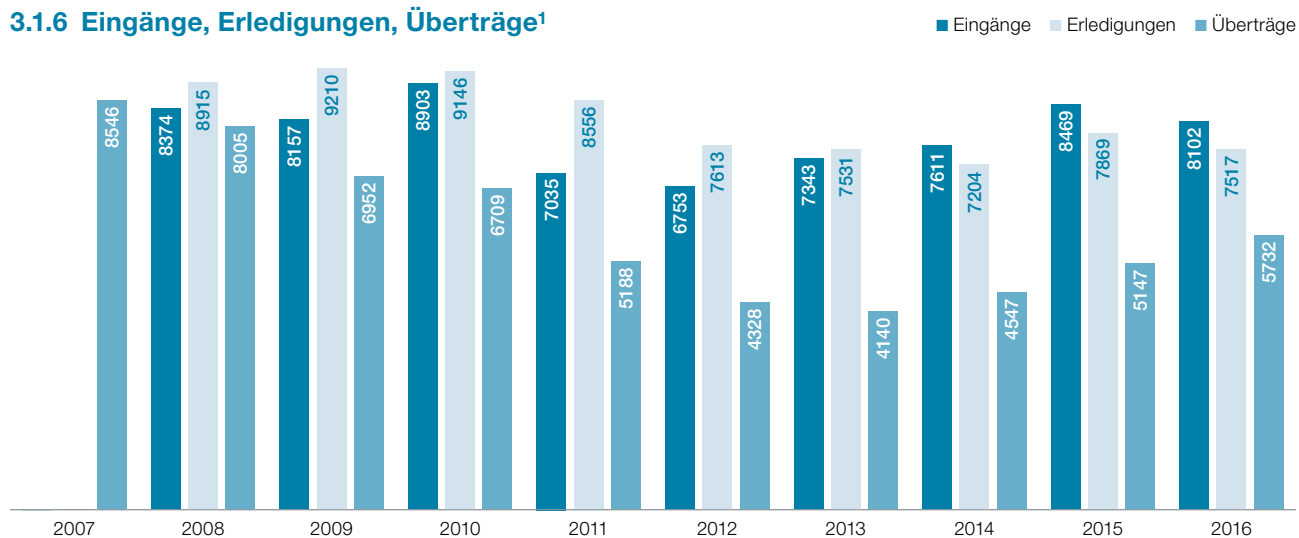
3.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



3.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen¹



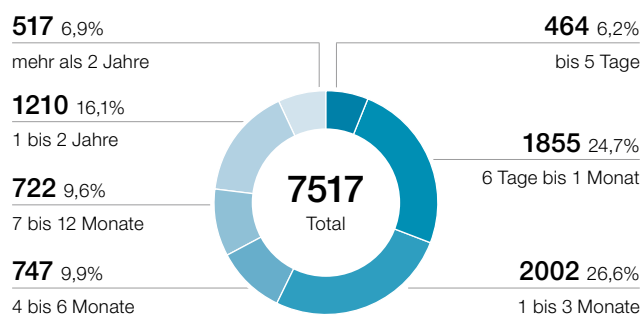
3.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge¹



¹ Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2015 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

3.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2016
Beschwerden	383	1723	1931	736	717	1205	517	7212
Klagen	–	–	–	–	–	2	–	2
Andere Rechtsmittel	69	57	19	7	3	1	–	156
Revisionsgesuche usw.	12	75	52	4	2	2	–	147
GESAMTTOTAL	464	1855	2002	747	722	1210	517	7517



3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	219	2120	305	2160
Klagen	558	609	952	2383
Andere Rechtsmittel	28	599	53	82
Revisionsgesuche usw.	43	541	185	641
GESAMTDURCHSCHNITT	212	2120	305	2383

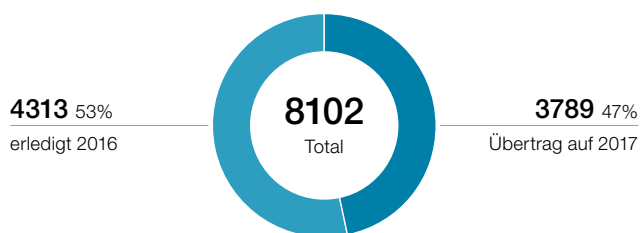
3.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2016	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Übernommene Geschäfte von 2015	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Neueingang 2016	Erledigung 2016	
Abteilung I	761	317	42%	444	58%	454	349	77%	105	23%	761	666	88%
Abteilung II	444	162	36%	282	64%	430	262	61%	168	39%	444	424	95%
Abteilung III ¹	677	198	29%	479	71%	1024	544	53%	480	47%	677	742	110%
Abteilung IV	2619	1599	61%	1020	39%	1294	789	61%	505	39%	2619	2388	91%
Abteilung V	2493	1530	61%	963	39%	1280	766	60%	514	40%	2493	2296	92%
Abteilung VI ²	1108	507	46%	601	54%	665	494	74%	171	26%	1108	1001	90%
TOTAL	8102	4313	53%	3789	47%	5147	3204	62%	1943	38%	8102	7517	93%

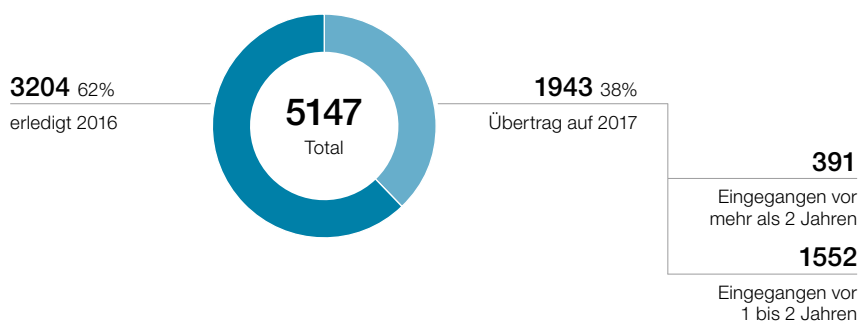
¹ Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III

² Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

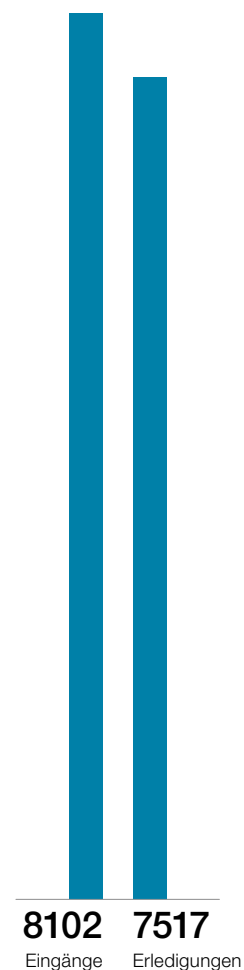
3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

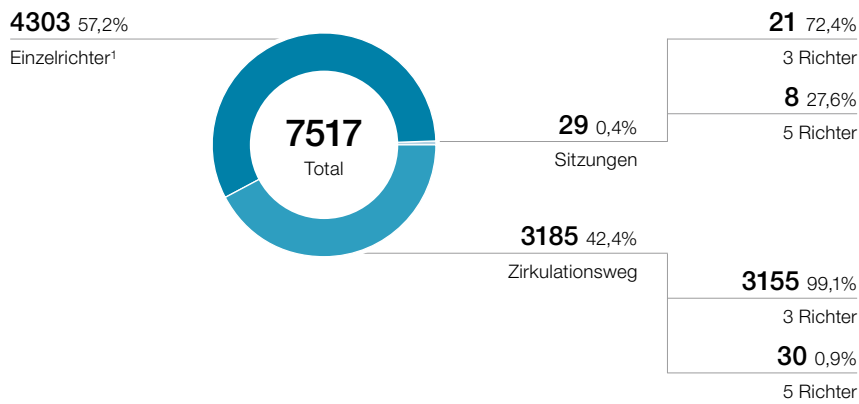


3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzel- richter ¹	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	4105	3050	28	3078	21	8	29
Klagen	–	2	–	2	–	–	–
Andere Rechtsmittel	111	43	2	45	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	87	60	–	60	–	–	–
TOTAL	4303	3155	30	3185	21	8	29



¹ Darin enthalten sind 1785 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

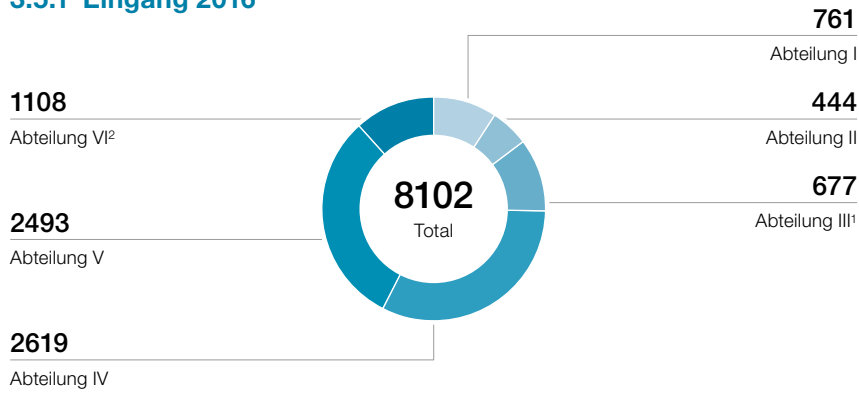
3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017
Abteilung I				
Beschwerden	450	740	645	545
Klagen	2	–	–	2
Andere Rechtsmittel	2	21	21	2
Revisionsgesuche usw.	–	–	–	–
Total	454	761	666	549
Abteilung II				
Beschwerden	426	443	421	448
Klagen	4	–	2	2
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	–	–	–	–
Total	430	444	424	450
Abteilung III¹				
Beschwerden	1023	672	736	959
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	1	4	5	–
Total	1024	677	742	959
Abteilung IV				
Beschwerden	1275	2481	2252	1504
Andere Rechtsmittel	3	66	57	12
Revisionsgesuche usw.	16	72	79	9
Total	1294	2619	2388	1525
Abteilung V				
Beschwerden	1270	2375	2176	1469
Andere Rechtsmittel	2	58	59	1
Revisionsgesuche usw.	8	60	61	7
Total	1280	2493	2296	1477
Abteilung VI²				
Beschwerden	663	1088	982	769
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	15	17	–
Revisionsgesuche usw.	–	5	2	3
Total	665	1108	1001	772
GESAMTTOTAL	5147	8102	7517	5732

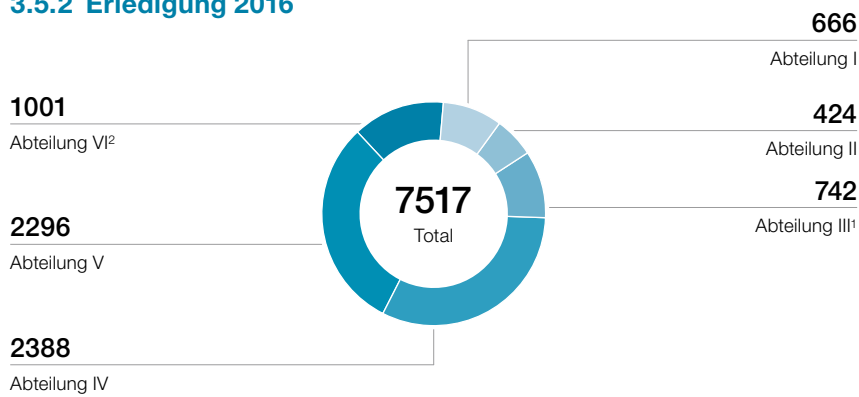
¹ Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III

² Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

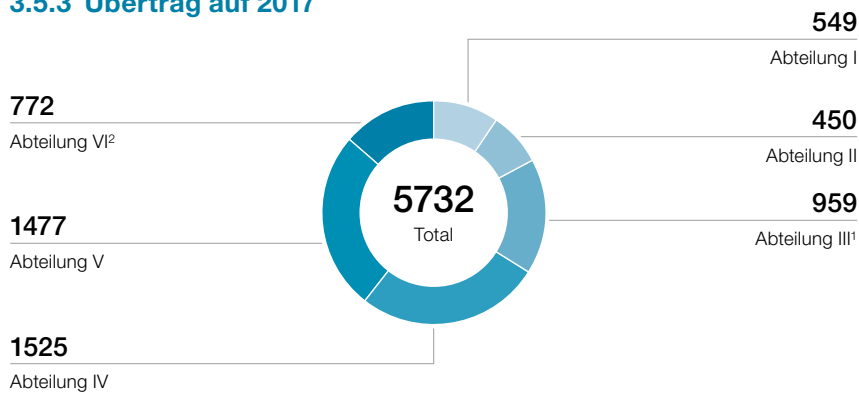
3.5.1 Eingang 2016



3.5.2 Erledigung 2016



3.5.3 Übertrag auf 2017



¹ Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III

² Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
Abteilung I										
Beschwerden	604	692	588	661	740	637	581	719	636	645
Klagen	1	–	–	2	–	1	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	6	15	15	16	21	11	12	16	17	21
Revisionsgesuche usw.	2	5	2	2	–	2	4	2	4	–
Total	613	712	605	681	761	651	597	737	657	666
Abteilung II										
Beschwerden	465	414	428	409	443	439	415	410	396	421
Klagen	1	–	1	2	–	1	–	1	2	2
Andere Rechtsmittel	2	9	2	2	1	2	8	3	2	1
Revisionsgesuche usw.	1	2	1	1	–	1	2	1	1	–
Total	469	425	432	414	444	443	425	415	401	424
Abteilung III¹										
Beschwerden	1913	2047	1722	1716	672	1982	2233	1865	1770	736
Klagen	–	2	–	–	–	–	2	–	1	–
Andere Rechtsmittel	5	14	17	13	1	4	13	15	16	1
Revisionsgesuche usw.	4	10	9	8	4	8	8	9	10	5
Total	1922	2073	1748	1737	677	1994	2256	1889	1797	742
Abteilung IV										
Beschwerden	1872	2240	2439	2773	2481	2271	2277	2068	2460	2252
Andere Rechtsmittel	46	44	42	43	66	45	44	42	41	57
Revisionsgesuche usw.	142	73	61	53	72	134	83	62	46	79
Total	2060	2357	2542	2869	2619	2450	2404	2172	2547	2388
Abteilung V										
Beschwerden	1548	1651	2181	2664	2375	1924	1718	1887	2360	2176
Andere Rechtsmittel	32	56	53	52	58	29	57	53	52	59
Revisionsgesuche usw.	109	69	50	52	60	122	74	51	55	61
Total	1689	1776	2284	2768	2493	2075	1849	1991	2467	2296
Abteilung VI²										
Beschwerden	–	–	–	–	1088	–	–	–	–	982
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	–	–	–	–	15	–	–	–	–	17
Revisionsgesuche usw.	–	–	–	–	5	–	–	–	–	2
Total	–	–	–	–	1108	–	–	–	–	1001
GESAMTTOTAL	6753	7343	7611	8469	8102	7613	7531	7204	7869	7517

¹ 2012–2015: Die Abteilung gliedert sich in zwei Kammern. Am 1.7.2016 entstand aus der Kammer 2 die Abteilung VI. Die Zahlen des Jahres 2016 enthalten auch die Werte der ehemaligen Abteilung III Kammer 1 der ersten Jahreshälfte.

² Die aus der ehemaligen Kammer 2 der Abteilung III gebildete Abteilung VI besteht seit 1.7.2016: Für die erste Jahreshälfte 2016 wurden die Zahlen der ehemaligen Abteilung III Kammer 2 berücksichtigt.

3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
140.00 Bürgerrecht	41	-	-	-	-	41
141.00 Ausländerrecht	871	-	12	3	-	886
142.10 Asylverfahren	4305	-	102	134	-	4541
142.50 Asyl Verschiedenes	75	-	4	-	-	79
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	10	-	-	-	-	10
144.00 Ausweisschriften	29	-	-	-	-	29
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	20	-	1	-	-	21
170.00 Staatshaftung (Bund)	9	-	-	-	-	9
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	50	-	30	5	-	85
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	46	-	-	-	-	46
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	67	-	-	-	-	67
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	19	-	-	-	-	19
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	91	-	1	-	-	92
Total Staat – Volk – Behörden	5633	-	150	142	-	5925
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung						
210.10 Stiftungsaufsicht	4	-	-	-	-	4
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	5	-	-	-	-	5
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-	-
232.10 Urheberrecht	3	-	-	-	-	3
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	78	-	-	-	-	78
232.50 Erfindungspatente	2	-	-	-	-	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	24	-	-	-	-	24
232.70 Ursprungsbezeichnungen	-	-	-	-	-	-
251.00 Kartelle	13	-	-	-	-	13
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	129	-	-	-	-	129
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-	-
Schule – Wissenschaft – Kultur						
410.00 Schule	61	-	-	-	-	61
420.00 Wissenschaft und Forschung	8	-	-	-	-	8
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	24	-	-	-	-	24
450.00 Natur- und Heimatschutz	-	-	-	-	-	-
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	93	-	-	-	-	93
Landesverteidigung						
500.00 Landesverteidigung	9	1	-	-	-	10
Finanzen						
610.00 Subventionen	18	-	-	-	-	18
630.00 Zölle	35	-	1	-	-	36
641.00 Stempelabgaben	-	-	-	-	-	-
641.99 Indirekte Steuern	73	-	2	-	-	75
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	54	-	2	-	-	56
650.00 Schwerkverkehrsabgabe	9	-	-	-	-	9
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	10	-	-	-	-	10
650.99 Direkte Steuern	2	-	-	-	-	2
654.00 Verrechnungssteuer	10	-	-	-	-	10
655.00 Internationales Steuerrecht	3	-	-	-	-	3
699.00 Finanzen (Übriges)	2	-	-	-	-	2
Total Finanzen	143	-	3	-	-	146

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
711.00 Enteignung	18	-	1	-	-	19
725.00 Nationalstrassen	2	-	-	-	-	2
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	20	-	-	-	-	20
730.20 Elektrische Anlagen	54	-	-	-	-	54
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	1	-	-	-	-	1
742.00 Eisenbahnen	23	-	-	-	-	23
748.10 Luftfahrtanlagen	10	-	-	-	-	10
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	25	-	-	-	-	25
749.00 Übrige Anlagen	1	-	-	-	-	1
783.00 Post, Fernmeldewesen	10	-	-	-	-	10
785.00 Radio und Fernsehen	22	-	-	-	-	22
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	7	-	-	-	-	7
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	193	-	1	-	-	194
Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	1	-	-	-	-	1
810.20 Medizinalberufe	11	-	-	-	-	11
810.30 Heilmittel	18	-	-	-	-	18
810.40 Chemikalien	6	-	-	-	-	6
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	5	-	-	-	-	5
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	1	-	-	-	-	1
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	6	-	-	-	-	6
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	74	-	-	-	-	74
830.00 Sozialversicherung	825	-	1	5	-	831
830.10 Sozialversicherung AT	7	-	-	-	-	7
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	157	-	-	-	-	157
830.40 Invalidenversicherung (IV)	433	-	1	5	-	439
830.50 Krankenversicherung	90	-	-	-	-	90
830.60 Unfallversicherung	23	-	-	-	-	23
830.70 Berufliche Vorsorge	112	-	-	-	-	112
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	3	-	-	-	-	3
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	1	-	-	-	1
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-	-
Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit	947	1	1	5	-	954
Wirtschaft – technische Zusammenarbeit						
901.00 Investitions- und Standortförderung	-	-	-	-	-	-
910.00 Landwirtschaft	22	-	-	-	-	22
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	2	-	-	-	-	2
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	2	-	-	-	-	2
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	31	-	-	-	-	31
950.20 Finanzmarktaufsicht	28	-	-	-	-	28
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-	-
Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit	55	-	-	-	-	55
999.00 Übriges	10	-	1	-	-	11
GESAMTTOTAL	7212	2	156	147	-	7517

VERGLEICHSTABELLE

Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)	Bundesgericht	Bundes- strafgericht	Bundesver- waltungsgericht	Bundes- patentgericht
Anzahl Richter/innen	38	15,8	64,90	3,45
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	132	19,9	184,50	0,9
Anzahl übrige Mitarbeitende	146,6	22,4	111,00	1,3
Geschäftslast				
Bestand am Anfang des Jahres	2816	180	5147	26
Anzahl Eingänge	7743	901	8102	27
Anzahl Erledigungen	7811	787	7517	24
Bestand am Ende des Jahres	2748	294	5732	29
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	140	199 ¹ /97 ²	212	518 ³ /88 ⁴
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	25	4	391	1
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2016 eingegangenen Fällen	66%	69%	53%	33%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2016 erledigten Fälle	95%	94%	62%	58%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	101%	87%	93%	89%
Finanzen				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	13603237	832294	4070434	934182 ⁵
Aufwand	91959761	14518062	76214424	1638689
Personalaufwand	77736713	11179339	65241360	1351770
Sach- und übriger Betriebsaufwand	13956669	3207647	10782355	279319
Einlage in Rückstellungen	–	97000	146300	7600
Abschreibung Verwaltungsvermögen	266379	34076	44410	–
Investitionsrechnung				
Einnahmen	–	–	–	–
Ausgaben	782118	–	–	–
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	782118	–	–	–
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	14,67%	5,73%	5,34%	57,01% ⁵
Besonderes				
Unentgeltliche Rechtspflege	810671	29726	558766	–
Informatik-Sachaufwand	1944741	431073	2883475	150204
Raummiete	6724380	1885420	4070023	66657

¹ Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer
² Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer
³ Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren
⁴ Mittlere Dauer der summarischen Verfahren
⁵ Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 704'507)